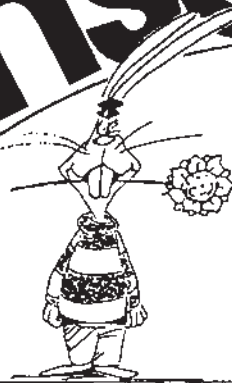


Grünschnabel



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

streitbar, ehrlich,
unentbehrlich

Nr. 1/09

www.gruene-glinde.de

September 2009

Bundestag, Landtag und ein neuer Bürgermeister sind zu wählen

Der Termin der Bundestagswahl war lange bekannt, den Termin der Bürgermeisterwahl auf den gleichen Tag zu legen, fanden wir sinnvoll. Den Landtag neu zu wählen, fanden wir grundsätzlich auch sinnvoll.

Zum gleichen Termin gibt es nun ein Aufwaschen (oder auch nicht)!

Bankenkrise, Wirtschaftskrise? Je mehr das größte überstanden zu sein scheint, um so mehr melden sich die Verfech-

ter der unbeschränkten Markt-freiheit wieder zu Wort.

Gestern haben sie noch kleinlaut nach dem Staat gerufen und ihn (also uns Steuerzahler) gebeten, den von ihnen angerichteten Schaden doch bitte wieder zu reparieren.

Heute tun sie so, allen voran Herr Sinn und die FDP, als sei nichts geschehen und wollen den Menschen weismachen, es könne weitergehen wie vor der Krise.

Nicht nur wir befürchten, dass es nach der Wahl ein böses Erwachen geben wird. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist bis dahin nur vertagt, die Auswirkungen der Finanzprobleme der öffentlichen Hand sind in ihrem Ausmaß den wenigsten bewusst.

Klimawandel? Laut Spiegel Online vom 3.9. kann die Erderwärmung um maximal 2 Grad nur unterschritten werden, wenn etwa Deutschland seine CO₂-Emissionen bis 2020 halbiert. Forscher gehen davon aus, dass Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zukünftig weltweit jährlich hunderte Mrd.€ erfordern werden. Den deutschen Zeitungen ist das höchstens eine Randnotiz wert.

Die Bundesregierung formuliert am liebsten Ziele. Geht es um konkrete Maßnahmen, kneift sie (Abwrackprämie auch beim Kauf von Spritfressern) oder handelt unter Lobbydruck kontraproduktiv (Verteuerung erneuerbarer Energien).

Nach der Wahl sollen weitere unsinnige Taten folgen. Die SPD (auch die Linke) möchte weiterhin Steinkohle fördern und setzt auf überdimensionierte **Kohlekraftwerke**. Die CDU möchte (mit der FDP) den Atomkonsens aufkündigen. Die **Schrottreaktoren** der Energieriesen sollen weiter am Netz bleiben und ihnen satte Extraprofite bescheren.

Apropos **Kernkraft:** Beim Lager Asse ist die Öffentlichkeit jahrzehntelang belogen und kräftig



Weitere Themen

Selbstverwaltetes JUZ	3
Gemeinwesenarbeit?!	4
Stadtwerke gegründet!	6
Kinder oder Obdachlose?	6
Auch Glinde trifft die Krise	6
Glinger Innenstadt verwaist	7
Schilda	7
Landtagswahl	8

zur Kasse gebeten worden. Über die Inkompetenz und die Unbedarftheit beim Thema Krümmel könnte man eigentlich nur noch lachen, wäre das Thema nicht so todernst.

Dass nach neuesten Erkenntnissen im 'Ernstfall' keine Zeit bleiben wird, Hamburg zu evakuieren, kann den Senat kaum beruhigen. Und ein Endlager gibt es nach wie vor nicht. Die Suche scheint eher neu zu beginnen. **Es reicht!**

Und in Schleswig-Holstein soll mit **CCS (CO₂-Abscheidung und Lagerung)** am nächsten Großprojekt gebastelt werden. Und wieder haben die Energieriesen ihre Finger im Spiel.

Um weiterhin ihre Kohlekraftwerke betreiben oder sogar ausbauen zu können, soll das entstehende CO₂ aus dem Abgas größtenteils abgetrennt komprimiert, mit Pipelines transportiert

und in der Marsch in unterirdische Lagerstätten verpresst werden. – Ob das in großem Maßstab funktionieren wird, welche Risiken damit verbunden sind, weiß niemand.

Sicher ist, dass eine Energiewirtschaft, die in erheblichem Umfang neue Kohlekraftwerke baut, keinerlei ökonomisches Interesse an Konkurrenz durch erneuerbare Energien hat und deren beschleunigten Ausbau verzögern und verhindern, ihm auch finanzielle Mittel entziehen wird.

In Schleswig-Holstein sind CDU und SPD aufgrund des massiven Protests in der Bevölkerung gegen das Projekt. Im Bundestag treiben sie es derweil zügig voran und werden es nach der Wahl beschließen, wenn man sie denn lässt.

In solch unsinnige Projekte sollen weiterhin Milliarden fließen. Die fehlen dann z. B. für die

Bildung. Gerade hat uns die OECD erneut den Spiegel vorgehalten.

Die USA investieren am meisten. Mehr als 7% des Bruttoinlandsproduktes stecken sie in ihre Zukunft, die Ausbildung ihrer Jugend. Wir liegen mit gerade einmal 4,8% so ziemlich am Ende der Skala.

Wir brauchen einen Kraftakt für Bildung. In den nächsten fünf Jahren müssen die frühkindliche Bildung ausgebaut und besser finanziert und alle Schulen mit gleichen Rechten und gleichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Wir brauchen kein Zurück ins dreigliedrige Schulsystem und kein Zurück zur Realschule. Wir brauchen Gemeinschaftsschulen mit einer klaren Oberstufenperspektive, die Überführung von Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen. Wir brauchen gemeinsames längeres Lernen.

Die Bildung alleine hilft aber nur bedingt, wenn diese im Berufsleben nicht auch auf eine aufgeschlossene **Unternehmenskultur** trifft.

Querdenkerinnen sind in der Regel gerade in den großen Konzernen eher nicht so richtig beliebt. Für das außertarifliche Gehalt 10 Stunden am Tag das tun, was die Hierarchie erwartet, ist angesagt, am besten noch als Praktikantin.

Wir brauchen einen grundlegenden Denk- und Politikwandel. Wir brauchen Jobs mit Zukunft, die den Klimawandel verhindern, statt ihn zu fördern, eine Energieversorgung, die schnellstens auf fossile Energieträger verzichtet.

Und wir brauchen viele junge Menschen, die gut dafür ausgebildet sind, mit den Problemen der Zukunft umzugehen.

Bürgermeister

CDU und SPD plakatieren wie wild 'unseren neuen Bürgermeister', Herrn Rainhard Zug. – Ist er aber noch nicht, dazu muss er erst noch gewählt werden! Von großer Achtung vor dem Wähler zeugt dieses Plakat auch nicht gerade.

Auf Herrn Zug hatte sich im Vorwege erst die CDU, dann die SPD festgelegt, obwohl es auch noch einen vergleichbar kompetenten Kandidaten gegeben hätte, der bereit gewesen wäre, für 'Rot-Grün' anzutreten.

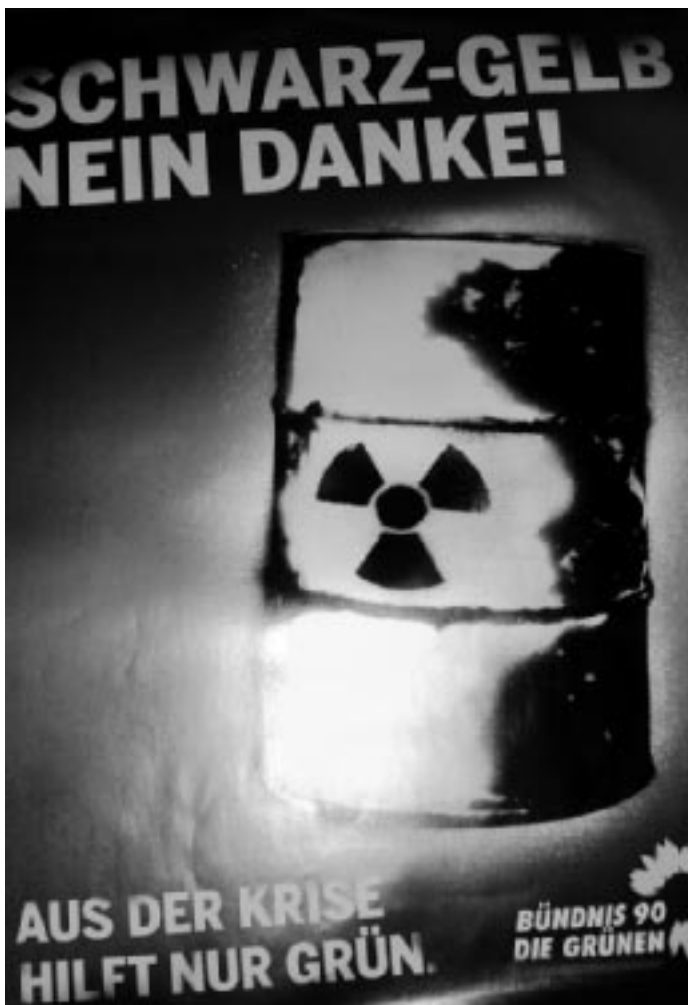
Wir haben dann entschieden, keinen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken, stattdessen uns mit Herrn Zug kritisch auseinanderzusetzen. – Seinen Gegenkandidaten, Herrn Meyer halten wir für mutig, mehr aber noch für unbedarft.

Letztendlich empfehlen wir, wenn auch mit Bauchschmerzen, Herrn Zug zu wählen.

Denn Konfliktpunkte mit ihm sehen wir schon. So hat er z. B. im Gespräch mit uns vorweggeschickt, dass er den Schritt vom Verwaltungsmitarbeiter (in gehobener Position) zum Bürgermeister vor allem machen will, weil er nicht mehr nur 'ausführen', sondern auch 'aktiv gestalten' möchte. – Das werden wir akzeptieren, wenn er akzeptiert, dass das nur mit den politischen Gremien wird gehen können.

Er erklärt auch, dass er Mehrheitsentscheidungen als solche selbstverständlich akzeptiert und umsetzt. Das erwarten wir, auch wenn ihm diese Entscheidungen im Einzelfall nicht gefallen mögen oder vielleicht gegen die Stimmen der CDU fallen, die ja 'gefühl't immer noch meint, die Mehrheit in der Stadtvertretung zu haben und mit der er hauptseitig zusammen auftritt.

Wolf Tank



Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann?

Stimmungsmache gegen selbst verwaltetes Jugendzentrum ■ Von Jan Schwartz

Ohne Frage, beim 'schwarzen Block' kann einem angst und bange werden. Bei Krawallen im Hamburger Schanzenviertel gibt es regelmäßig Verletzte, gehen Scheiben zu Bruch und Autos in Flammen auf. Doch gibt es eine solche Gewalt von schwarz verummten Autonomen auch in Glinde?

Mit der Angst davor machen CDU und Junge Union seit Wochen Stimmung gegen ein von Jugendlichen gefordertes selbst verwaltetes Jugendzentrum. Sie argumentieren damit, dass ihre Vertreter persönlich angegriffen werden und warnen, dass ein solches Zentrum zur Brutstätte linksextremer Gewalt werden könnte.

Jüngst hat sich auch der frühere Gliner CDU-Bürgermeister Hans Peter Busch zu Wort gemeldet. Er sieht autonome Kräfte unter anderem aus dem Großraum Hamburg am Werk. 'Richtige' Gliner Jugendliche stünden dagegen nicht hinter der Forderung nach einem selbst verwalteten Zentrum, schrieb Busch jüngst in einem Leserbrief.

Woher weiß er das? An der Sitzung der Stadtvertretung im Frühsommer, bei der sich zahlreiche Jugendliche für ein solches Zentrum stark gemacht haben, hat Herr Busch nicht teilgenommen.

Er hat sich offenbar auch nicht von seiner Frau darüber berichten lassen, die gewählte Stadtvertreterin ist. – Denn viel leichter ist es, sich Ängsten vor verummten, gewaltbereiten Autonomen zu bedienen, die die Gesellschaft unterwandern wollen.

Als Beleg für ihre Behauptung von der Gewaltbereitschaft führt die

CDU Beschädigungen an ihren Wahlplakaten und an die Wände geschmierte Parolen an. Dabei ist überhaupt nicht bekannt, wer dafür verantwortlich ist.

Mitglieder der JU fühlen sich aus dem Lager der Befürworter eines selbst verwalteten Zentrums persönlich angegriffen und werfen ihnen antidemokratisches Verhalten vor.

Es mag ja sein, dass einzelne Jugendliche in der von beiden Seiten schon seit einiger Zeit nicht mit Samthandschuhen geführten Auseinandersetzung zu weit gegangen sind. Die CDU beziehungsweise die JU macht da keinen Unterschied und schert alle Jugendlichen über einen Kamm.

Jüngstes Beispiel ist die Initiative, bei der Schüler in der Moschee gegenüber der Grundschule Tannenweg anderen Schülern Nachhilfeunterricht anbieten. Anstatt sich über diese Eigeninitiative zu freuen, vermutet die CDU dahinter verfassungsfeindliche Umtriebe und hat eine Anfrage an den Bürgermeister gerichtet.

„Teilen Sie meine Auffassung, dass erklärte Gegner unseres Staates möglichst nicht an der Erziehung oder Bildung unserer Kinder mitwirken sollten?“, lautet eine der Fragen.

Inzwischen sympathisieren in Gestalt der Jungsozialisten auch die Roten mit der Idee eines selbst verwalteten Jugendzentrums. Nur die „alte Tante“ SPD in Glinde mag sich nicht entscheiden. – Aber das war schon immer ihr Dilemma. Bei der Geschichte kann einem ja auch die Farbenlehre schon einmal durcheinander geraten.

Nagelprobe wird sein, wie sich die Sozialdemokraten in der Stadtvertretung zu einem Antrag verhalten, mit dem die CDU ein selbst verwaltetes Zentrum in Glinde verhindern will.

Die Grünen haben wiederholt klargemacht, dass es bei der von ihnen unterstützten Forderung nach einem selbst verwalteten Jugendzentrum nicht um einen rechtsfreien Raum gehen kann.

Die Argumente für ein solches Zentrum sind zigmal dargelegt worden und stoßen auf ein breites Echo.

Es gibt in der Gliner Innenstadt keinen Anlaufpunkt für junge Leute, an dem sie selbst bestimmen ihre Freizeit gestalten können.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Reck echauffiert sich über alkoholisierte Jugendliche vor dem Eingang eines Discounters. Man sieht Jugendliche beim Döner-Mann 'abhängen'.

Man sieht sie sich auf Bänken auf dem Marktplatz langweilen, oder sie durch Glindes Straßen ziehen, auf der Suche nach 'Unterhaltung'.

Uns zeigt das alles nur eins: Ihnen fehlen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Das Spinosa jedenfalls reicht ganz offensichtlich dafür nicht aus.

Ein selbst verwaltetes Jugendzentrum wäre zumindest einen Versuch wert.



Glinde – Junge Stadt im Grünen

Gemeinwesenarbeit ■ Von Susanne Böhnert-Tank

Glinde – Junge Stadt im Grünen. Das ist der Slogan dieser Stadt. Ein Slogan, der hoffen lässt. Der hoffen lässt auf vielfältige Angebote in etlichen Bereichen.

Doch wenn mensch genauer hinschaut, stellt er schnell fest, dass es in vielen Bereichen Defizite gibt. Ich möchte mich in diesem Artikel ausschließlich mit den Angeboten in Sachen Gemeinwesen auseinandersetzen.

Beginnen möchte ich mit der Bücherei. Seit Jahren ist klar, dass die Stadtbücherei einen erheblich größeren Raumbedarf hat als ihr jetzt zur Verfügung steht. Mehr als das Doppelte der Fläche ist notwendig, um den Ansprüchen einer modernen Bücherei gerecht zu werden.

Mehrfach ist im Kulturausschuss darüber geredet worden, der Bedarf ist anerkannt worden. Passiert ist jedoch bisher nichts. Die Vorschläge der Verwaltung waren nur sehr bedingt geeignet, um Abhilfe zu schaffen.

Entweder reichte auch

die neue Fläche nicht oder die Kosten waren zu hoch oder beides. Also wird offensichtlich ausgesessen. Wir sind der Meinung, dass dringend etwas passieren muss und arbeiten an Lösungsvorschlägen.

Ganz offensichtlich ist auch, dass die Angebote für Jugendliche in dieser Stadt nicht reichen. Seit einigen Jahren wird von einer Initiative Jugendlicher mit großer Beharrlichkeit ein selbst verwaltetes Jugendzentrum gefordert.

Nachdem wir nach dem Ausgang der letzten Kommunalwahlen zunächst die berechnete Hoffnung hatten, dass mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN endlich etwas vorangebracht werden könnte, hat sich diese Hoffnung inzwischen zerstreut.

Zwar wurde sowohl vom Sozialausschuss wie auch von der Stadtvertretung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN ein Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben, sich um Räume für ein selbst verwaltetes Jugendzentrum zu kümmern.

Doch die Arbeit der Verwaltung führte zu dem Ergebnis, dass an keiner mehr oder weniger zentralen Stelle von Glinde Räume oder auch Container zur Verfügung gestellt werden könnten.

Und inzwischen sind sich auch Teile der SPD gar nicht mehr so sicher, dass ein selbst verwaltetes Jugendzentrum in Glinde wirklich Sinn macht.

So ist die SPD eben: ein Teil sagt ja, der andere nein. Und damit bleibt alles wie es ist. Die Jugendlichen gehen vorläufig leer aus und die CDU lacht sich eins ins Fäustchen.

Doch scheint es inzwischen so, dass nicht nur ein selbst verwaltetes Jugendzentrum sinnvoll ist, sondern auch weitere Angebote in der Stadtmitte für die Jugendlichen geschaffen werden müssen.

Die Spinosa allein erreicht längst nicht alle Jugendlichen und wir müssen davon ausgehen, dass der Bedarf noch weiter wächst, wenn die De-

potbebauung voranschreitet bzw. abgeschlossen ist.

Wenn wir uns weiter mit den Bedarfen in Sachen Gemeinwesenarbeit beschäftigen, stellen wir fest, dass der Kinderschutzbund Stormarn gern seine Arbeit auf Glinde ausweiten möchte.

Wir begrüßen das ausdrücklich, sind aber der Meinung, dass der bisher angedachte Standort "Togohof" – das ist das Haus, in dem jetzt die Obdachlosen untergebracht sind – aus mehreren Gründen ungeeignet ist.

Wir halten – auch im Hinblick auf den neuen Stadtteil – einen zentralen Standort für sinnvoller. Außerdem wünschen wir uns vom Kinderschutzbund eine inhaltliche Konzeption für die Arbeit, die den neuen Stadtteil "An der Alten Wache" mit einbezieht.

Doch nicht nur der Kinderschutzbund sieht einen Bedarf für zusätzliche Angebote in Glinde, sondern auch das bestehende Kinderhaus in Glinde möchte seine Arbeit ausweiten.

Diese könnte darin bestehen, teilstationäre und stationäre Plätze für Glinde Kinder und Jugendliche zu schaffen. Auch dafür gibt es bisher keine Räumlichkeiten.

Und es gibt weitere Glinde Einrichtungen, die einen zusätzlichen Raumbedarf anmelden.

Da ist die Volkshochschule, die bis auf einhalb Büroräume über keine eigenen Räumlichkeiten verfügt. Auch hier ist aus unserer Sicht dringend Abhilfe geboten.

Neben der Volkshochschule gibt es einige weitere Glinde Verbände und Initiativen aus dem



sozialen und kulturellen Bereich, die sicher ebenfalls gern über eigene bzw. größere Räume verfügen möchten. Aber das ist die Kategorie 'Wünschenswert'.

Und wirklich wünschenswert wäre ein Treffpunkt für Glinde, der nicht kommerziell betrieben wird, in den der Gliner/die Glinerin einfach gehen kann, einen Kaffee trinken oder einen Tee oder auch einen Wein. Andere Leute treffen kann, klönen kann, sich informieren kann über unterschiedliche Angebote im sozialen und kulturellen Bereich.

Dies ist eine Aufzählung von notwendigen bis hin zu wünschenswerten Dingen im kulturellen und sozialen Bereich, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Gerade die notwendigen Dinge werden auch nur von wenigen in dieser Stadt geleugnet.

Viele Notwendigkeiten werden sich noch verschärfen, wenn der neue Stadtteil fertig ist. Und die Erfahrung aus anderen vergleichbaren Städten zeigt, dass es erforderlich ist, auch für die neuen EinwohnerInnen Angebote zu schaffen.

Wir möchten an dieser Stelle einen Vorschlag unterbreiten, der bis auf die Unterbringung der Stadtbücherei – daran arbeiten wir wie gesagt – zur Lösung der Raumprobleme führen kann.

Uns ist vollkommen klar, dass dieser Vorschlag mit Kosten verbunden sein wird, was in der jetzigen Finanzlage der Stadt sicher nicht einfach ist. Dennoch haben viele Erfahrungen gezeigt, dass präventive Maßnahmen letztlich günstiger und sinnvoller sind.

Wir sollten nicht darauf warten, bis die neuen Einwohner und Einwohnerinnen auf dem ehemaligen Depotgelände uns fragen, welche zusätzlichen Einrichtungen wir denn für die ca. 2500 Neuglieder geschaffen haben oder ob wir vergessen haben, dass es allein mit Ausweisen von Bauplätzen nicht getan ist.

Wir sollten nicht weiter zusehen, dass Gliner Jugendliche sich auf der Straße treffen, weil es nicht genügend Räumlichkeiten für sie gibt. Und das gilt nicht nur für die jugendlichen Verfechter eines selbst verwalteten Jugendzentrums.

Wir schlagen vor, alle Angebote in den Räumen

eines Stabsgebäudes zu konzentrieren. Diese Stabsgebäude kann so erhalten werden.

Sollten Räume frei bleiben, kann über eine anderweitige Vermietung verhandelt werden. Das andere Stabsgebäude soll weiterhin für altersgerechtes Wohnen zur Verfügung stehen.

Bisher waren beide Stabsgebäude für altersgerechtes Wohnen vorgesehen. Es hat sich aber gezeigt, dass die beiden Gebäude nur sehr bedingt für einen solchen Umbau geeignet sind.

Sie müssen vollkommen entkernt werden und das äußere Erscheinungsbild der Gebäude wird sich durch das Anbringen von Balkonen deutlich verändern. Das könnte dazu führen, dass der Investor den Umbau für unwirtschaftlich hält und einen Abriss vorschlägt.

Alle Fraktionen in der Gliner Stadtvertretung möchten die Stabsgebäude als ein Stück Glinde erhalten. Es liegt auch eine schriftliche Bestätigung des Investors vor, dass er die Gebäude erhalten will – allerdings mit dem Hinweis auf die Wirtschaftlichkeit.

Auch aus diesem Grund sehen wir unseren Vorschlag als sinnvoll und nützlich an, weil er den Bestand zumindest eines Gebäudes garantiert. Dabei bleibt das Äußere des Stabsgebäudes bis auf ein wenig frische Farbe sogar unverändert.

Damit die finanzielle Belastung der Stadt durch den Kauf eines Gebäudes vermindert wird, sollte die Stadt auf die bisher geplante Festwiese im Depotgelände verzichten.

Diese Festwiese würde maximal 5 bis 10 mal im Jahr genutzt werden und scheint angesichts der beschriebenen dringenden Raumnöte aus unserer Sicht zweitrangig. Sie hätte Sinn gemacht, wenn der Lokschuppen, der sich in unmittelbarer Nähe dazu befindet, in irgendeiner Form für die Gliner weiter hätte genutzt werden können.

Nachdem nun aber klar ist, dass der Lokschuppen abgerissen werden wird, macht eine Festwiese am Ende von Glinde aus unserer Sicht wenig Sinn.

Und die Überlegung, dort am hinteren Ende des ehemaligen Depots ein neues Gebäude für die Gemeinwesenarbeit zu errichten, ist wohl angesichts der finanziellen Lage zunächst einmal nicht zu realisieren.

Der Verzicht auf die bereits vertraglich zugesicherte Festwiese würde der Stadt ca. 300.000 € bringen und den Erwerb des Stabsgebäudes erleichtern.

Wir denken, dass wir mit unserem Vorschlag viele wesentliche Interessen vereinen können.

Wir wünschen uns, dass dieser Vorschlag von den beiden anderen Fraktionen in der Gliner Stadtvertretung ernsthaft geprüft wird.

Wir wünschen uns ehrliche und lebhaftes Debatten. Zu Einzelheiten sind wir selbstverständlich gesprächsbereit.



Stadtwerke Glinde gegründet

Vorteile für Bürger und Umwelt ■ Von Jan Schwartz

Die Gliner Politik steht unter Strom: Die Stadt will ihren Bürgern günstige Strompreise anbieten und gleichzeitig einen Beitrag für eine umweltfreundlichere Energieversorgung leisten.

Dazu wurden mit der Unterstützung von allen Parteien in der Stadtvertretung auf eine Initiative hin, die letztendlich auf die Grünen zurückgeht, Stadtwerke gegründet.

Das bisher vom Energieversorger EON Hanse gegen eine Konzessionsabgabe betriebene Stromnetz will die Stadt übernehmen und selbst betreiben. Die Einnahmen aus den Netzentgelten der Anbieter sollen in den Aufbau einer eigenen Energieversorgung gesteckt werden.

Erstes Ziel ist es dann, Strom möglichst günstig einzukaufen, um ihn dann ebenso günstig an Gliner Haushalte und Betriebe zu liefern. Später soll eine eigene Energieerzeugung folgen, die auf regenerierbare Energieträger setzt und auf Kohle und Atomkraft verzichtet.

Wir Grüne möchten, dass die Einnahmen aus den Stadtwerken nicht in Haushaltslöchern versickern, sondern gezielt für den Aufbau eines städtischen Energieversorgungsunternehmens verwandt werden.

Bedingt durch die allgemeine Krise ist die Haushaltslage der Stadt Glinde sehr, sehr schwierig. Es werden Zuschüsse reduziert, Steuern erhöht müssen. Einzelheiten sind noch nicht beschlossen. Wir Grüne stellen uns der Diskussion!

Trotzdem darf ein so wichtiges Projekt nicht nur unter kurzfristigen Haushaltsüberlegungen gesehen werden. Mittelfristig wird es den Haushalt entlasten!

Von der Gründung zur Übernahme des Netzes ist noch ein weiter Weg. EON mag so etwas gar nicht. Der Rechtsbeistand, den sich die Stadt sinnvoller Weise zugelegt hat, empfiehlt eine hundertprozentige Einigkeit in der Stadtvertretung, um etwa Versuchen geschlossen zu widerstehen, wie sie EON neuerdings pro-

pagiert: Gewinnbeteiligung an einer 'Netzgesellschaft', natürlich unter ihrer Regie.

Vom Weg der Tugend, sprich der Einigkeit, mögen CDU und SPD gerne abweichen, wenn es etwa um Pöstchen geht. Da möchten sie die Grünen gerne raushalten. Sachverstand definiert sich für sie halt nur über Prozente bei der Wahl.

Das Spiel werden wir nicht akzeptieren. **Wir möchten bei allen Entscheidungen dabei sein. Und wir möchten, dass alle Entscheidungen, soweit dies rechtlich möglich ist, öffentlich gemacht und diskutiert werden.**

Die CDU bringt gerne die E-Werke Reinbek als möglichen Partner ins Gespräch. Die gehören zu nicht unerheblichen Teilen EON und sind auch deswegen erst einmal eher Konkurrent. Wenn schon Partner gesucht werden sollen, dann hätten wir da eine gute Idee:

www.energie-in-buergerhand.de/.

Glinde? Oder Schilda?

Wer die Möllner Landstraße aus Neuschönningstedt kommend nach Glinde nutzt, wird am Vorwegweiser zum neuen Kreisel bei Olande erstaunt fragen, wo es denn hier nun wirklich nach Glinde geht.

Denn alle drei Abzweigungen vom Kreisel gehen laut diesem Schild nach Glinde. Glück hat, wer mit einem 7,5-Tonner oder schwerer unterwegs ist, denn dem stehen dann nur noch zwei Wege zur Verfügung. - Wer fühlt sich da nicht an Schilda erinnert. Stadtauswärts ist die Beschilderung nicht besser, Anlieger von Olande warnen bereits in Selbsthilfe LKWs vor der Einfahrt in ihr Gebiet.

'Schuld' hat hier allerdings nicht die Gliner Politik oder Verwaltung. Die Möllner Landstraße ist eine Landesstraße, entsprechend ist das Land zuständig. Und da gibt es die Vorschrift xxx, die regelt, dass außerhalb eines Ortes die Beschilderung so zu gestalten ist.

Sind wir dort denn außerhalb des Ortes, fragt man sich besorgt. Die Antwort ist: Ja. Nun könnte man das Ortschild zur Brücke über die K 80 verlegen, dann wäre der Kreisel innerorts und die Stadt dürfte Olande, Wiesenfeld und Zentrum darauf schreiben, denkt man..

So weit so richtig. Dann wäre für die Möllner Landstraße in diesem Bereich aber nicht mehr allein das Land, sondern auch die Stadt zuständig und das kostete die Stadt Geld.

Das will nun auch keiner und so wird wohl alles so bleiben, wie es ist. Oder findet sich vielleicht doch noch eine ganz einfache, vernünftige Lösung, Vorschrift xxx hin und her?

Thorsten Kalkbrenner



Weiterer Leerstand in der Gliner Innenstadt

Edeka zieht ins Mühlencenter um, Netto Kunden ab ■ Von Wolf Tank

Die Bergedorfer Zeitung hat am 1.9. auf der Glinde-Seite gemeldet, dass Herr Westphal seinen Edeka-Markt aufgibt. - Wir wünschen gute Gesundheit und viel Vergnügen als Rentner.

Sie hat weiterhin gemeldet, dass sein Nachfolger, Herr Junius, nach dessen Fertigstellung ins 'Mühlencenter' übersiedeln wird.

Die Gliner Verwaltung, die das 'Mühlencenter' forciert hat, hat immer den Eindruck erweckt, als würde dieses nicht zu Lasten der Fußgängerzone und der übrigen Innenstadt gehen.

CDU und SPD sind dem brav gefolgt. Nun hat Edeka erkannt, das war wohl recht einfach, dass sich zwei Edekas mit 200m Abstand wohl kaum tragen werden und hat einen gekippt, bevor sie sich gegenseitig ruinieren.

Wir Grüne sehen uns leider ein weiteres Mal in unseren Befürchtungen bestätigt, dass das 'Mühlencenter' keine neuen Impulse, sondern nur

Verlagerungen und/oder Leerstand für die Gliner Innenstadt bringen wird.

Kaum war es beschlossen, hat sich LIDL nach einer besseren Bleibe umgesehen, ALDI mochte da nicht nachstehen, nun flüchtet Edeka.

Ob der in der Gliner Zeitung vom 1.9. geäußerte Wunsch des Bürgermeisterkandidaten, Herrn Zug, nach 'einem Herrenausstatter, weiteren Boutiquen oder vielleicht einem Musikfachgeschäft oder einem netten Cafe' nun größere Aussichten auf Realisierung erfahren wird, bezweifeln wir eher.

Überhaupt lassen solche Wünsche eher befürchten, dass Herr Zug sich mit den Realitäten in Glinde bislang doch weit aus weniger befasst hat, als wir gehofft hatten.

Spekulationen, wer jetzt den Leerstand füllen oder wer ihn noch vergrößern könnte, stellen wir lieber nicht an. Wir finden die Situation schon schlimm genug.

Im Depotgelände hat 'Netto' neu eröffnet. Wir

Grünen hatten dort immer nur an einen Bäcker und einen Kiosk, ein Frühstückscafé gedacht. Für größere Einkäufe hielten wir die paar hundert Meter bis in die Gliner City für durchaus zumutbar.

Die CDU hat letztendlich ihren Discounter durchgesetzt, der Kompromiss war und ist, dass er nur halb so groß wird. Nun ist er da, es gibt noch keinen einen Kunden aus dem Neubaugebiet, trotzdem ist der Parkplatz gut gefüllt. – Ob das die Gliner Innenstadt stärkt?

Liebe CDU, liebe SPD, Sie haben das Mühlencenter mit allen Konsequenzen genauso locker ermöglicht wie den Aldi-Umzug. Da mag es gute Gründe dafür gegeben haben oder auch nicht.

Wir sind gespannt auf die nächste Diskussion, in der es um den Erhalt und die Stärkung der Gliner Innenstadt geht. Noch gespannter sind wir auf Ihre Ausflüchte, pardon, Argumente.

SPD entdeckt Kinderschutz

Auf der letzten Sitzung der Gliner Stadtvertretung beantragte die SPD-Fraktion, "unverzüglich das ehem. Polizeigebäude Togohof dem Kinderschutzbund Stormarn e.V. zur Miete zu überlassen". Die einzige Begründung bestand darin, dass Politik für Kinder gemacht werden müsse und der Kinderschutzbund würde das schon gut machen.

Sie wollte dafür in Kauf nehmen einen ungeklärten Vertragsinhalt und eine ungeklärte Vertragsdauer zwischen dem KSB und der Stadt, Unklarheit darüber, wie die Bausubstanz des Togohofes aussieht, wer für eventuell notwendige Sanierungen aufkommen soll, wo die jetzigen Bewohner des Togohofes untergebracht werden sollen und was das Ganze kosten soll. Die CDU unterstützte sie vorbehaltlos.

Wir GRÜNE lehnten den Antrag ab. Zum einen wegen der o. g. vielen ungeklärten Punkte, zum anderen aber auch, weil der Kinderschutzbund bis zur Sitzung der Stadtvertretung kein Konzept für seine Arbeit in Glinde vorgelegt hatte

Darüber hinaus war und ist es unser Anliegen, endlich einmal ein Gesamtkonzept für die Gemeinwesenarbeit in Glinde incl. der dafür notwendigen Räumlichkeiten auf den Tisch zu legen und nicht immer nur Stückwerk zu betreiben.

Wir beantragten deswegen, diesen Antrag der SPD weiter im Sozialausschuss zu behandeln, die offenen Punkte zu klären und ihn auf der Sitzung der Stadtvertretung nicht zu beschließen. Nach einer Sitzungsunterbrechung konnten sich SPD und CDU den Argumenten nicht verschließen und verzichteten auf eine Beschlussfassung

Susanne Böhnert-Tank





Wahl zum Landtag

Wir drucken hier Auszüge aus dem Landtagswahlprogramm der Grünen ab. Das vollständige Programm gibt es im Internet oder an unserem Infostand in der Passage.

Erklärung der Grünen

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler, die Landtagswahl kam plötzlich – und kommt doch zu spät. Die vergangenen vier Jahre waren verlorene Jahre für Schleswig-Holstein!

Die große Koalition hat trotz sprudelnder Steuererinnahmen keine solide Haushaltspolitik zustande gebracht. Das Missmanagement bei der HSH Nordbank kann unser Land an den Rand seiner finanziellen Existenz bringen.

Eingeleitete Reformen im Bildungsbereich waren

widersprüchlich und die notwendigen Mittel dafür wurden nicht zur Verfügung gestellt, die Hochschulen wurden durch unkoordinierte Eingriffe ins Chaos gestürzt.

Während das Geld für Bildung, Forschung und Kultur fehlte, kannte die große Koalition bei Beton und Asphalt keine Grenzen: das schlimmste Beispiel dafür ist die feste Fehmarn-Belt-Querung, die gegen den Widerstand der Region durchgedrückt wurde.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt nicht voran. Unter Rot-Grün war Schleswig-Holstein noch Windland Nummer 1, unter Schwarz-Rot gingen stattdessen neue Kohlekraftwerke in Brunsbüttel ins Genehmigungsverfahren. Die unterirdische CO₂-Speicherung droht als Konsequenz.

Wir GRÜNE wollen Schleswig-Holstein zu einem Land machen, in

dem Fairness und Zukunft wieder möglich sind.

Heimat bedeutet für uns Chancengleichheit, Bildungs- und Kulturland, Land der erneuerbaren Energien. Ein Land, in dem die Menschen zusammenhalten, gerne eine Familie gründen und gerne alt werden.

Wir wollen Schleswig-Holstein zu einem modernen, innovativen, ökologischen Vorreiter machen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Atomkraftwerke Auslaufmodelle bleiben, dass keine neuen Kohlekraftwerke und keine CO₂-Lager genehmigt werden und die Verantwortlichen für das Desaster bei der HSH Nordbank zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir GRÜNE wollen Schleswig-Holstein zu einem modernen, innovativen, ökologischen Vorreiter machen und so nachhaltig neue Stellen schaffen.

40000 Arbeitsplätze können in unserem Land entstehen, wenn wir in den kommenden Jahren in Zukunftstechnologien, Klimaschutz, Gesundheit und Bildung investieren.

Schleswig-Holstein steht vor einer Richtungsentscheidung. Schlagen Sie mit uns den Weg zu einer sozialen und ökologischen Zukunft ein.

Wahlaussage der Grünen

Es ist gut, dass die gescheiterte Regierung aus CDU und SPD nun beendet wird. Eine politische Katastrophe wäre es jedoch, wenn die Neuwahl zu einer Regierung aus CDU und FDP führen würde.

Längere Laufzeiten für die Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke, Privatisierung statt solidarischer Gesellschaft, Abwälzungen der Kosten für Gesundheit, Bildung und öffentliche Daseinsfürsorge auf den Einzel-

nen statt gerechter Gesellschaft, Auslese statt individueller Förderung in der Bildungspolitik, das wären die Ergebnisse.

Unser Ziel ist es deshalb, dieses Regierungsbündnis zu verhindern.

Wir wollen so stark sein, dass es keine Regierungsbildung jenseits der großen Koalition ohne uns geben kann. Gelingt uns dieses Ziel, wird es vielfältige Regierungsoptionen geben.

Wir werden uns verantwortlich jedem Gespräch mit allen demokratischen Parteien stellen und mit ihnen über eine ökologische und soziale Politik verhandeln.

Aber nur, wenn eine klare GRÜNE Handschrift erkennbar ist, werden wir uns an einer Regierung beteiligen. Sonst gehen wir in die Opposition. Sie ist für uns eine demokratische Herausforderung.

Wählen Sie am 27. September

Bündnis 90 / Die Grünen!

P.S.: Natürlich auch bei der Bundestagswahl!

Impressum

Herausgeber:
Bündnis 90 / Die Grünen,
Ortsverband Glinde

Redaktion:
Susanne Böhnert-Tank
(V.i.S.d.P.), Wolf Tank,
Thorsten Kalkbrenner, Jan
Schwartz

Druck:
Druckerei Zollenspieker
Auflage: 8000

Sie erreichen uns:

Susanne Böhnert-Tank
Wolf Tank
Kiefernbogen 1c,
21509 Glinde
Tel.: 7112330

Mail: wolf.tank@gruene-glinde.de

Internet: www.gruene-glinde.de